

# Hauptstadt-Bulletin

## Weiteres Corona-Hilfspaket beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat bereits am Montag dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz zugestimmt. Die Debatte dazu im Plenum des Bundestages wurde leidenschaftlich geführt. Wesentlicher Bestandteil des Steuerhilfegesetzes ist die Senkung der Mehrwertsteuer bis Dezember 2020 von 19 auf 16% und von 7 auf 5% mit dem Ziel, die Konjunktur anzukurbeln. Dieser Schritt soll zu Preissenkungen auf breiter Front führen und besonders den Kauf von langlebigen Konsumgütern zu begünstigen. Von dieser Steuersenkung profitieren insbesondere Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen, die einen großen Teil ihrer Einkünfte für den Konsum verwenden. Mit dieser Maßnahme werden die Bürgerinnen und Bürger um knapp 20 Mrd. Euro entlastet. Auch die bessere Steuerabschreibung und die Entlastung der Kommunen begünstigt Investitionen. Familien erhalten einen Kindergeldbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind und der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird befristet erhöht.



(Quelle: picture alliance/Geisler-Fotopress)

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*zu Beginn der Woche ist der ersehnte Durchbruch vorerst gelungen. Wir haben in einer sehr intensiven Fraktionssitzung am Dienstagabend einer ernsthaften Reform des Wahlrechts den Weg geebnet. Im Kern geht es um eine maßvolle Reduzierung der Wahlkreise von 299 auf 280, durch die sich das "800-Abgeordneten"-Gespenst in Luft auflösen soll. Ich habe mich für diesen Vorschlag aktiv eingesetzt, und fordere eine Änderung schon für die anstehenden Bundestagswahlen 2021. Der Vorschlag der Unionsfraktion beinhaltet auch die Lösung, dass 7 Überhangmandate der Union bei den anderen Parteien nicht mehr durch Ausgleichsmandate ausgeglichen würden. Wir haben uns mit dem Kompromiss bislang sehr schwer getan, weil wir eine Reduzierung der direkt gewählten MdB für grundlegend falsch halten. Das Parlament hat zurzeit 299 direkt gewählte und immerhin 410 über Parteilisten gewählte Bundestagsabgeordnete. Als einzig verbliebene große Fraktion stehen wir mit unserer Haltung aber leider alleine, auch die SPD orientiert sich mittlerweile nur noch am Verhältniswahlrecht und auch vielen Kommentatoren scheint das personalisierte Verhältniswahlrecht in seiner paritätischen Ausrichtung wenig geläufig zu sein. Wie so oft musste jetzt die Union wieder mal den gordischen Knoten durchschlagen. Dazu hat unser Vorschlag das Zeug - wenn sich die SPD nun nicht querstellt.*

Ihr 

Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag  
Für den Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundtagsbüro  
Tel.: 030 227 – 71005  
Fax: 030 227 – 76606  
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 – 4258033  
Fax: 07621 – 4258033  
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

---

## Nachrichtendienste erklären sich dem Parlament

Auch in diesem Jahr leitete Armin Schuster als Vorsitzender die Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste durch das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) - allerdings unter Corona-Bedingungen, mit Abstand und stark begrenztem Publikum. Fazit: Die extremistischen Bedrohungen sind im Jahr der Krise nicht kleiner geworden. Die starke Gefahr durch den Rechtsextremismus wurde von allen Präsidenten als Schwerpunkt ihrer Arbeit bestätigt. Das PKGr hat bei der Reform des Militärischen Abschirmdienstes gute Impulse gesetzt, aktuelle Ermittlungserfolge wie der Waffenfund bei einem KSK-Soldaten in Sachsen sind auch auf diese neue Sensibilität für extremistische Bestrebungen innerhalb der Bundeswehr zurückzuführen. Gleichzeitig ist die Gefahr durch die islamistische Szene unvermindert hoch, insbesondere durch radikalisierte Einzeltäter. Eine weitere Erkenntnis: Berlin ist Spionage-Hauptstadt ausländischer Nachrichtendienste geworden, der Mord im Kleinen Tiergarten und andere Fälle wiesen darauf hin. Überraschend war, wie drastisch BfV-Präsident Haldenwang die neue Qualität der Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene schilderte. Gesetzgeberisch liegt mit der Reform des BND-Gesetzes infolge des Verfassungsgerichtsurteils zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung noch ein schwieriger Abschnitt für die kommenden Monate vor den Parlamentariern.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Von links: Christof Gramm (MAD), Thomas Haldenwang (BfV), Armin Schuster (PKGr), Bruno Kahl (BND)

---

## Nachtragshaushalt vom Bundestag beschlossen

Das Parlament hat mit dem zweiten Nachtragshaushalt eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 62,5 Mrd. Euro auf 218,5 Mrd. Euro beschlossen. Mit dem Nachtragshaushalt werden haushaltswirksame Maßnahmen zur Umsetzung des vom Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossenen Konjunkturpaketes in Gesamtvolumen von 103 Mrd. Euro abgebildet. Außerdem werden Mehrausgaben aus der „Corona-Vorsorge“ in Höhe von rd. 14 Mrd. Euro in den Einzelplänen veranschlagt und weitere Steuermindereinnahmen in Höhe von rd. 7 Mrd. Euro berücksichtigt.

---

## Unterstützung für die Reisebranche

Neben der Gastronomie wurde die Tourismus-Branche wohl am härtesten von der Corona-Pandemie getroffen. Mit einer freiwilligen Gutscheinelösung, die der Bundestag beschlossen hat, sollen sowohl Reiseveranstalter als auch Kunden zu ihrem Recht kommen. Das Geschäft mit Reisen – vor allem ins Ausland – läuft nur sehr schleppend wieder an. Laut Statistischem Bundesamt gingen die Umsätze in der Reisebranche im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um rund 23 Prozent zurück. Vor allem kleinen und mittelgroßen Reisebüros und -veranstaltern droht jetzt das wirtschaftliche Aus. Mit dem „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht“ werden die Folgen abgemildert. Das Gesetz sieht vor, dass Reiseveranstalter ihren Kunden für vor dem 8. März 2020 gebuchte Pauschalreisen, die wegen der Corona-Pandemie ausfielen, statt der Erstattung Gutscheine für spätere Reisen anbieten können. Diese Gutscheine sind über die bisherige Versicherung abgedeckt und falls nötig darüber hinaus durch eine staatliche Garantie über den kompletten Wert abgesichert. Diese Garantie würde auch dann greifen, falls ein Anbieter in die Insolvenz geht. Wird ein Gutschein nicht bis Ende 2021 eingelöst, bekommt der Kunde das Geld ausgezahlt.

---

## Deutsche Krankenhäuser in Zahlen

Das deutsche Gesundheitssystem verfügt über eine weltweit einzigartig dicht ausgebaute klinische und medizinische Infrastruktur. So gibt es in Deutschland insgesamt 1.927 Krankenhäuser, in denen im vergangenen Jahr 19,7 Millionen Patienten behandelt wurden. Die damit verbundenen Kosten lagen bei 105,7 Milliarden Euro. Bei der Versorgungsdichte mit Intensivbetten lag Deutschland schon vor der Corona-Krise mit 33,9 Betten je 100.000 Einwohnern (2017) deutlich vor vergleichbaren OECD-Staaten wie Österreich (28,9; Stand 2018), den USA (25,8; Stand 2018) oder Frankreich (16,3; Stand 2018). (Quelle: Destatis, Bundesministerium für Gesundheit)

---

## HINWEIS

*Aufgrund der Corona-Pandemie wird es in diesem Jahr auch bei meiner üblichen Sommertour Einschränkungen und Veränderungen geben. Dazu werde ich Sie gesondert per Mail, auf meiner Homepage sowie auf Facebook informieren.*